

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Den Dank der Sozialdemokraten an den scheidenden EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors stattet die stellvertretende SPD-Vorsitzende **Heidemarie Wiczorek-Zeul** ab.

Seite 1

Die neue Welthandelsorganisation WTO muß vor allem die Entwicklung sozialer und ökologischer Standards voranbringen, fordert **Professor Dr. Uwe Jens MdB.**

Seite 3

Die Bundesregierung hat keine Ahnung, wieviele ausländische Jugendliche in den Genuß der "Kinderstaatszugehörigkeit" kommen werden, kritisiert **Cornelia Sonntag-Wolgast MdB.**

Seite 4

50. Jahrgang / 2

3. Januar 1995

Jacques Delors hat Europa vorangebracht Abschied vom Amt des EU-Kommissionspräsidenten nach zehnjähriger Amtszeit

Von **Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende Parteivorsitzende der SPD

Mit Jacques Delors verläßt im Januar 1995 ein großer Europäer die Brüsseler Bühne. Die Lücke, die er hinterläßt, wird nur schwer zu füllen sein. Jeder Nachfolger muß sich an seinen Erfolgen messen lassen.

Jacques Delors kann auf ein beeindruckendes europapolitisches Wirken zurückblicken.

Von 1979 bis 1981 vertrat er die Sozialistische Partei Frankreichs im erstmals direkt gewählten Europäischen Parlament, in dem ich mit ihm zusammenarbeiten durfte und von da an in dauerhaftem Kontakt zu ihm stand.

Er machte sich sehr schnell einen Namen als kenntnisreicher Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. Die vielfältigen Kontakte, die er damals zu den Mitgliedern des Europäischen Parlaments knüpfte, haben sich für sein späteres Wirken als Kommissionspräsident als äußerst nützlich erwiesen. Es ist ihm dadurch möglich gewesen, für seine weitreichenden Vorstellungen dort Verbündete zu gewinnen.

In seine Amtszeit als Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses fiel die zweite Ölkrise, die seine Grundüberzeugung, daß die Gemeinschaft in so schwerwiegenden Fragen nur gemeinsam handeln kann, stärkte.

Dieser Gedanke hat seine Tätigkeit als französischer Wirtschafts- und Finanzminister bestimmt. Auch von Paris aus hat er sich bis Ende 1984 für die Festigung und den wirtschaftlichen und sozialen Ausbau der Gemeinschaft eingesetzt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vervielfachen Sie bitte
mit einem Recycling-Papier



Als Präsident der Europäischen Union erhielt er die Möglichkeit, seine Visionen in konkrete Politik umzusetzen.

Bei seinem Amtsantritt am 1. Januar 1985 in Brüssel befand sich die Europäische Gemeinschaft in einer schlechten Verfassung. "Eurosklерose" war das gängige Schlagwort. Jacques Delors wußte, daß diese Situation nur überwunden werden konnte, wenn es gelingen würde, den Europäern und Europäerinnen die Vorteile und Notwendigkeit der europäischen Integration zu vermitteln. Er war überzeugt, daß eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur noch in größeren regionalen Zusammenhängen Wirkung zeigen könnte.

Sein Projekt Binnenmarkt kam daher zum richtigen Zeitpunkt. Wirtschaft und Gewerkschaften konnten sich mit diesem Projekt identifizieren, und was kaum einer zu hoffen gewagt hatte, geschah: Die Europäische Gemeinschaft wurde von Aufbruchstimmung erfaßt.

Dann wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte der erste noch unzureichende Versuch der Reform der europäischen Verträge gestartet. Erstmals wurden kleine Schritte in Richtung auf eine stärkere Mitwirkung des Europäischen Parlaments in der europäischen Gesetzgebung verwirklicht. Am Ende der ersten Präsidentschaft Jacques Delors zeigte sich, daß Europa wieder Tritt gefaßt hatte.

Besonderen Dank schulden wir Deutschen Jacques Delors. Die problemlose und schnelle Eingliederung der fünf neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft wäre ohne sein engagiertes Eintreten nicht möglich geworden. Die Menschen in den neuen Bundesländern haben in ihm einen Fürsprecher ihrer Belange in den europäischen Gremien gehabt. Ihm ist es zu verdanken, daß ohne bürokratische Hemmnisse nicht unerhebliche Finanzmittel in die neuen Bundesländer geflossen sind und noch weiter fließen.

Nach dem politischen Umbruch in Europa war klar, daß sich auch die Europäische Gemeinschaft den neuen Gegebenheiten anpassen und sich neue vertragliche Grundlagen geben mußte.

Bei der Ausarbeitung des Vertragswerks von Maastricht legte Jacques Delors besonderen Wert auf den gleichgewichtigen Ausbau der Wirtschafts- und Politischen Union. Daß die Regierungen bei diesem Ziel versagten, war ihm eine dauerhafte herbe Enttäuschung. Für die schweren Fehler und Mängel des nun erarbeiteten Maastrichter Vertrages trägt jedenfalls Jacques Delors am allerwenigsten die Verantwortung.

Jacques Delors hat dies aber nicht von seiner Grundüberzeugung abbringen können, daß die Europäer und Europäerinnen nur gemeinsam auf die neuen Herausforderungen, vor denen unser Kontinent steht, reagieren können. Daher hat er sich auch in den letzten Monaten seiner Amtszeit mit großem Nachdruck für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft und für die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union eingesetzt, wobei er der Annäherung der Mittelmeeranrainer an Europa gleiche Bedeutung beimißt.

Sein sozialdemokratisches Engagement, genährt auch aus seinen Überzeugungen, die aus der christlichen Arbeiterbewegung kommen, hat Jacques Delors mit seinen Forderungen nach der Schaffung eines sozialen Europas bewiesen. Ein europäischer Binnenmarkt ohne soziale Komponente war für ihn unvollständig.

Seine überzeugenden Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa werden jedoch immer noch von einigen Regierungen der Mitgliedstaaten blockiert.

Jacques Delors europäisches Wirken stellt ihn in die gleiche Reihe wie Robert Schumann, Jean Monnet und Paul-Henri Spaak, die in den frühen 50er Jahren entscheidende Anstöße zur

europäischen Integration gegeben haben. Jacques Delors hat seine Vision eines Europas entwickelt, das weltweit wettbewerbsfähig ist und bleibt durch seine sozialstaatlichen Traditionen. Diese Vision wird fortauern, ob sie in praktische Politik umgesetzt wird, daran werden seine Nachfolger und die Mitgliedsregierungen in Europa gemessen. Jacques Delors gehört zu den großen Europäern. Wir danken ihm.

(-/3. Januar 1995/hgs/ks)

Bundesregierung muß Farbe bekennen

Neue Welthandelsorganisation muß vor allem die Entwicklung sozialer und ökologischer Standards voranbringen

**Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Für den Welthandel beginnt das Jahr 1995 mit einem guten Auftakt. Das neue GATT-Abkommen trat wie vorgesehen zum 1. Januar 1995 in Kraft, nachdem die Ratifizierungsverfahren in den wichtigsten Welthandelsländern rechtzeitig abgeschlossen werden konnten. Für die Welthandelspolitik hat der Jahreswechsel darüber hinaus historische Bedeutung. Zum Jahresbeginn wird die neue Welthandelsorganisation - WTO - errichtet, wie es in der Gründungsversammlung am 8. Dezember in Genf beschlossen worden ist. Mit der Errichtung der neuen Welthandelsorganisation als unabhängiges Überwachungsorgan für die GATT-Regeln wird endlich das verwirklicht, was schon die Gründungsväter der Havanna-Charta von 1948 mit einer neuen von Zollschränken, Handelsbarrieren und Diskriminierungen freien Welthandelsordnung wollten.

Schon die Havanna-Charta, der die Bundesrepublik zustimmen wollte, erhielt im übrigen Regeln zur Sicherung weltweiter Arbeitnehmerrechte und Arbeitsstandards, woran sich diejenigen erinnern mögen, die dies in der aktuellen Diskussion immer noch als Protektionismus abtun. Fundamentale Arbeitnehmerrechte können aus der Welthandelspolitik ebenso wenig ausgeklammert werden, wie grundlegende Menschenrechte. Mit Ländern, in denen Gewerkschafter in Internierungslagern enden, in denen Sklaverei und Zwangsarbeit herrscht, in denen grundlegende Rechte von Kindern und Frauen mit Füßen getreten werden, kann es keine normalen Handelsbeziehungen geben, wie es das neue GATT-Abkommen für die Zukunft vorsieht. Das wird auch an der Aufnahme von China deutlich. Je entschlossener die wichtigsten Welthandelsländer dem Beispiel der USA folgen und für die Verankerung grundlegender Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards im GATT eintreten, desto eher werden auch China und andere Länder bereit sein, ihrerseits Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte anzuerkennen. Soziale Mindeststandards müssen vor allem die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen, das Mindestbeschäftigungsalter, das Verbot von Diskriminierung und Zwangsarbeit und Mindestnormen zum Schutz von Müttern und Frauen umfassen.

Ähnliches gilt im Hinblick auf ökologische Standards. Wenn die vorgesehenen Liberalisierungen im Handel mit Waren und Dienstleistungen tatsächlich zu den von allen gewünschten Wachstumsimpulsen von 200 Milliarden Dollar in allen Weltregionen und zu einem Welthandelwachstum von bis zu 15 Prozent führen werden, ist die Dringlichkeit weltweiter ökologischer Mindeststandards evident, wenn es nicht zu einem völligen ökologischen Kollaps in vielen gerade in der Entwicklung befindlichen Regionen kommen soll. Hierbei geht es in erster Linie

um die weltweite Verwirklichung von Mindeststandards beim Gewässer- und Bodenschutz und zur Luftreinhaltung und erst an zweiter Stelle um fairere Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel.

Die SPD wird im Deutschen Bundestag entsprechende Initiativen im Neuen Jahr einbringen. Bundesregierung und Koalitionen werden dann Farbe bekennen müssen, ob sie es mit einem weltweiten Schutz der Umwelt und einer weltweiten Durchsetzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten ernst meinen.

(-/3. Januar 1995/hgs/ks)

Regierung hat keinen blauen Dunst

'Kinderstaatszugehörigkeit' - Bundesregierung beschelngt sich selbst Ahnungslosigkeit

Von Cornelle Sonntag-Wolgast MdB

Jetzt ist es offenkundig: Die Bundesregierung hat keinen blassen Dunst davon, wieviele ausländische Jugendliche überhaupt in den Genuß der in den Koalitionsverhandlungen ausgetüftelten 'Kinderstaatszugehörigkeit' kommen können. Bekanntlich hat sie ja den Kreis der 'Begünstigten' so eng gezogen, daß nur wenige dieses Scheinangebot nutzen können. Vorbedingung ist, daß ein Elternteil in Deutschland geboren sein muß, daß beide Eltern sich in den letzten zehn Jahren vor der Geburt des Kindes rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten haben müssen und sich im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung befinden. Auf meine schriftliche Frage, wieviele ausländische Kinder all diese Voraussetzungen erfüllen, antwortet die Bundesregierung geradezu kläglich lapidar: 'Wie viele ausländische Kinder in Deutschland leben, die hier geboren sind und auf die die in der Frage genannten Voraussetzungen zutreffen, ist statistisch nicht erfaßt, da das Ausländerzentralregister keine Verwandtschaftsverhältnisse ausweist.'

Mit anderen Worten: Die Koalition weiß gar nicht, wie groß der Personenkreis derer ist, dem sie ihre angeblichen Wohltaten erweist! Auch die Ausländerbeauftragte geriet kürzlich bei entsprechenden Interview-Fragen in einige Verlegenheit.

Die Bundesregierung hätte sich derlei Peinlichkeiten ersparen können, wenn sie sich zu einem realen Einbürgerungsangebot an diejenigen durchgerungen hätte, die hier seit langem verwurzelt sind. Zum Beispiel durch die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit an die Kinder der 'dritten Ausländergeneration', sowie einen Einbürgerungsanspruch für hier aufgewachsene Angehörige der 'zweiten Ausländergeneration' und diejenigen MigrantInnen, die seit über acht Jahren hier leben, unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. Das waren und bleiben Vorschläge der SPD.

Übrigens: Die Hälfte aller Ausländer lebt bei uns länger als zehn Jahre, 40 Prozent schon 15 Jahre und länger. Die meisten ausländischen Kinder sind schon in der Bundesrepublik geboren. Allein im Jahre 1993 kamen 103.000 Kinder ausländischer Eltern in Deutschland zur Welt. 'Diese Kinder sind im Wortsinne keine 'Ausländer' mehr, es ist das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, das sie zu Ausländern macht und das Ausländerrecht, das uns dazu zwingt, sie auch als Ausländer zu behandeln' (Zitat aus dem jüngsten Ausländerbericht der Ausländerbeauftragten).

(-/3. Januar 1995/hgs/ks)
